



Niederschrift

über die

30. Sitzung des Kreistages

des Landkreises Erlangen-Höchstadt

Sitzungstermin: Freitag, den 27.07.2012

Sitzungsbeginn: 09:00 Uhr

Sitzungsende: 11:08 Uhr

Ort, Raum: Sitzungssaal des Landratsamtes in Erlangen

Anwesend sind:

Landrat Eberhard Irlinger

CSU-Fraktion

Kreisrat Eberhard Brunel-Geuder

Kreisrat Andreas Galster

Kreisrat Armin Goß

Kreisrat Karl-Heinz Hertlein

ab 09:05 Uhr, während TOP I/4,
bis 11:06 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

Kreisrat Martin Hofmann

Kreisrat Waldemar Kleetz

Kreisrat Hans Lang

Kreisrat Dr. Christoph Maier

Kreisrätin Christa Matschl

Kreisrat Michael Mirschberger

Kreisrat Robert Mirschberger

Kreisrat Reinhard Nagengast

Kreisrat Walter Nussel

Kreisrätin Dr. Ute Salzner

Kreisrätin Friederike Schönbrunn

Kreisrat Bernhard Schwab

Kreisrat Michael Schwägerl

Kreisrat Karlheinz Seitz

Kreisrat Ulrich Wustmann

Kreisrätin Doris Wüstner

ab 09:03 Uhr, während TOP I/4
bis 10:48 Uhr, während TOP I/4

ab 09:05 Uhr, während TOP I/4

ab 09:03 Uhr, während TOP I/4

SPD-Fraktion

Kreisrat Jörg Bubel

Kreisrat Konrad Eitel

Kreisrat Konrad Gubo

Kreisrat Dr. German Hacker

Kreisrat Andreas Hänjes

Kreisrätin Jutta Ledertheil

Kreisrat Gotthard Lohmaier

Kreisrätin Thekla Mück

Kreisrat Paul Neudörfer

Kreisrat Christian Pech

Kreisrätin Birgit Rigoll

Kreisrat Richard Schleicher

Kreisrätin Rosemarie Schmitt

Kreisrätin Melitta Schön

Kreisrätin Renate Schroff

Kreisrat Günter Schulz

Kreisrätin Barbara Stark-Irlinger

FW-Fraktion

Kreisrat Gerald Brehm

Kreisrat Günter Fensel

Kreisrat Karsten Fischkal

Kreisrätin Irene Häusler

Kreisrätin Karin Knorr

Kreisrat Hans Mitschke

Kreisrat Valentin Schaub

Kreisrat Bernhard Seeberger

Kreisrat Dr. Manfred Welker

Kreisrat Manfred Wiehgärtner

bis 10:30 Uhr, während TOP I/4
bis 11:06 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

Bündnis 90/Die Grünen

Kreisrat Manfred Bachmayer

Kreisrätin Irmgard Conrad

Kreisrat Wolfgang Hirschmann

Kreisrat Bernhard Kollischan

Kreisrätin Retta Müller-Schimmel

ab 09:08 Uhr, während TOP I/4

FDP-Fraktion

Kreisrätin Britta Katharina Dassler
 Kreisrat Jörg Rohde
 Kreisrätin Elke Weis

Verwaltung

Verwaltungsdirektor Dieter Sperber
 Verwaltungsamtsrat Marcus Schlemmer
 Verwaltungsdirektor Wilhelm Schmidt
 Regierungsdirektor Wolfgang Fischer
 Regierungsrätin Katharina Thieme
 Kreisbaumeister Thomas Lux
 Verwaltungsamtmann Dietmar Pimpl
 Verwaltungsamtsrätin Karin Jungkunz
 Verwaltungsamtsrätin Annette Herla
 Verwaltungsoberinspektorin Beate Noppenberger
 Beschäftigter Hans-Jürgen Steiger
 Verwaltungsamtsrat Norbert Walter

bis 11:06 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

bis 11:06 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

bis 11:06 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

bis 11:06 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

bis 11:06 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

bis 11:06 Uhr, Ende öffentl. Sitzung

Schriftführer

Regierungsamtfrau Birgit Stolla

Nicht anwesend:

Kreisrätin Gabriele Klaußner
 Kreisrat Stefan Müller
 Kreisrat Wilfried Glässer
 Kreisrat Joachim Wersal
 Kreisrätin Dr. Christiane Kolbet

Die Sitzung hat folgende Tagesordnung:

I. Öffentliche Sitzung:

1. Umbesetzungen des Jugendhilfeausschusses.
2. Gymnasium Höchststadt a. d. Aisch; Vergabe der Abbrucharbeiten.
3. Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgabe der Sicherstellung der ausreichenden Bedienung für die VGN-Linie 208 Erlangen-Effeltrich-Baiersdorf.
4. Stadt-Umland-Bahn (StUB); Entscheidung.
5. Neubau eines Landratsamtes; Information über den Planungswettbewerb und das weitere VOF-Verfahren.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Es besteht Beschlussfähigkeit. Die Einladung zur Sitzung erfolgte ordnungsgemäß am 13.07.2012; die Mehrheit der Mitglieder ist anwesend und stimmberechtigt.

I. Öffentliche Sitzung:

1. Umbesetzungen des Jugendhilfeausschusses

Den Mitgliedern des Kreistages steht zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsunterlage zur Verfügung.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Frau Johanna M l u d e k wird mit sofortiger Wirkung als beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss des Landkreises Erlangen-Höchstadt bestellt.
2. Herr Klaus A l t e n b u c h n e r wird mit sofortiger Wirkung als stellvertretendes beratendes Mitglied in den Jugendhilfeausschuss des Landkreises Erlangen-Höchstadt als Vertreter von Herrn Andreas Tonke bestellt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 51 Nein: 0 Anwesend: 51

2. Gymnasium Höchstadt a. d. Aisch; Vergabe der Abbrucharbeiten

Die Mitglieder des Kreistages haben zu diesem Tagesordnungspunkt eine Sitzungsunterlage erhalten.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Auftrag für die Ausführung der Abbrucharbeiten (Hauptgebäude und Zwischenbau) am Gymnasium Höchstadt a. d. Aisch, wird der Firma F & R Industriedemontage-Abbruch GmbH, 66538 Neunkirchen, zum Angebotspreis von 377.249,06 € brutto inkl. 5 % Nachlass erteilt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 51 Nein: 0 Anwesend: 51

3. Abschluss einer Zweckvereinbarung zur Übertragung der Aufgabe der Sicherstellung der ausreichenden Bedienung für die VGN-Linie 208 Erlangen-Effeltrich-Baiersdorf

Die Mitglieder des Kreistages haben zu diesem Tagesordnungspunkt ausführliche Sitzungsunterlagen erhalten.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Die Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Forchheim zur Ausschreibung des Linienbündels 6, welche die Linie 208 (Erlangen – Effeltrich – Baiersdorf) beinhaltet, wird in der vorliegenden Form beschlossen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 51 Nein: 0 Anwesend: 51

4. Stadt-Umland-Bahn (StUB); Entscheidung

Den Mitgliedern des Kreistages stehen zu diesem Tagesordnungspunkt umfangreiche Sitzungsunterlagen zur Verfügung.

Landrat Irlinger erklärt eingangs, die seit fast 30 Jahren geführte Diskussion über den Bau einer Stadt-Umland-Bahn (StUB) habe nun einen Stand erreicht, in dem die StUB realistisch werden könnte. Für den Landkreis Erlangen-Höchstadt und die

Region biete sich nun die Chance, einen bedeutenden Beitrag zur Lösung der bestehenden und künftigen Verkehrsprobleme zu leisten. Für Euphorie und Träumereien gebe es dennoch keinen Anlass. Eine Entscheidung in dieser Dimension erfordere die genaue Prüfung der Fakten und der gegebenen Voraussetzungen, insbesondere auch in finanzieller Hinsicht. Die aus dem Projekt resultierenden erheblichen und dauerhaften Kosten müssten im breiten Konsens akzeptabel sein.

Landrat Irlinger führt aus, dass die bisher geführten Gespräche mit den beteiligten Städten Nürnberg und Erlangen noch zu keinem gemeinsamen Ergebnis geführt haben. Aus diesem Grund schlage er vor, noch bestehende Fragen und Sachverhalte zu klären und die konkrete Beschlussfassung über die Antragstellung zum GVFG-Bundesprogramm im September zu treffen.

Im Mittelpunkt aller Fragen stehen dabei die Kosten des Projekts. Diese belaufen sich auf insgesamt 365 Mio. €. Für den Landkreis habe der Kreiskämmerer die finanziellen Auswirkungen klar, überzeugend und transparent dargestellt. Daraus wird ersichtlich, dass bei einem Finanzierungsanteil des Landkreises in Höhe von 58 Mio. € von 4 Punkten der Kreisumlage gesprochen wird. Die ordnungsgemäße Erfüllung aller Aufgaben des Landkreises, angefangen von weiteren Verkehrsverbesserungsmaßnahmen im Bereich des ÖPNV bis zum Neubau des Landratsamtes sowie die enge finanzielle Lage verschiedener Landkreismunicipalitäten, erfordere eine deutliche Reduzierung der jetzt bekannten Belastungen aus dem Gesamtprojekt StUB. Bereits heute liegen von verschiedenen Bürgermeistern Schilderungen vor, in denen mit großer Ernsthaftigkeit und überaus deutlich dargestellt wird, welche konkreten Auswirkungen die zusätzliche finanzielle Belastung für einzelne Gemeinden haben würde. Diese seien für die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere abseits von der StUB Trassenführung, dort vor Ort, nicht vermittelbar.

Um das Projekt auf den Weg zu bringen, müsse über die Kostenverteilung intensiv gesprochen und eine nachhaltige Reduzierung der Kosten für den Landkreis mit allem Nachdruck weiterverfolgt werden. Hierfür gebe es mehrere Ansatzpunkte.

Zwar sei in Berlin und München die Forderung eine Förderung des Projekts in Höhe von 90 % zu erreichen, abgelehnt worden, das Land habe jedoch einen Spielraum bei der Vergabe von Regionalisierungsmitteln. Möglicherweise könne auf einen Vergleichsfall Bezug genommen werden. Darüber hinaus müsse über das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur und Technologie eine Prüfung veranlasst werden, inwieweit bzw. unter welchen Maßgaben die bisher als nicht förderfähig eingestuften Trassenteile dennoch als Infrastrukturmaßnahme gefördert werden können. Eine Förderung des Gleiskörpers auf der Straße würde einer Reduzierung der Belastung ungefähr in Höhe von einem ½ Punkt der Kreisumlage entsprechen.

Hinterfragt werden müsse auch, wer den größten Nutzen aus der Realisierung des Projekts StUB ziehen werde. Dies seien die beiden Großstädte Nürnberg und Erlangen. Der bisher diskutierte Verteilungsschlüssel (Nürnberg 7 %, Landkreis Erlangen-Höchststadt 36 %, Stadt Erlangen 57 %) berücksichtige dies nicht angemessen. Es müsse deshalb gefordert werden, den Anteil der Stadt Nürnberg mit einer Änderung des Verteilungsschlüssels, hin zu einem Mischsystem, maßgeblich zu erhöhen.

Für alle genannten Maßnahmen fordert Landrat Irlinger eine deutliche und nachdrückliche Unterstützung durch alle Abgeordneten und den Bayerischen Staatsminister des Innern, der bisher stets für die Realisierung der Stadt-Umland-Bahn eingetreten ist. Aus diesem Grund sei geplant, alle Abgeordneten zu einem gemeinsamen Gespräch einzuladen.

Landrat Irlinger macht weiterhin deutlich, dass auch von den direkt von der StUB profitierenden Nutzerorten im Landkreis ein finanzieller Beitrag erwartet werde. Dies betreffe die Gemeinden Uttenreuth, Buckenhof und Spardorf im Osten ebenso wie die Stadt Herzogenaurach im Westen. Die Stadt Herzogenaurach habe bereits angekündigt, mit einem einmaligen Betrag in Höhe von 10 Mio. € die Realisierung der StUB zu unterstützen. Dies reiche jedoch noch nicht aus.

Von Seiten der großen Firmen gebe es zwar Briefe mit einem deutlichen Ja zur StUB, gleichzeitig werde jedoch die Förderung des ganzheitlichen Verkehrs betont. Dieser betreffe sowohl Bus- als auch Individualverkehr, dieser meist verbunden mit kostenloser Parkraumbewirtschaftung. Ein Signal in Richtung finanzieller Beteiligung an der StUB gebe es von den großen Wirtschaftsunternehmen, die sich für deren Bau ausgesprochen haben, jedoch nicht.

Landrat Irlinger erklärt, die Zeit bis September solle genutzt werden, um die aufgezeigten Sachverhalte zu klären. Dann könne in der Sitzung des Kreistages am 21. September ein Beschluss gefasst werden, einen Antrag auf Förderung nach dem GVFG-Bundesprogramm zu stellen. Aufgrund der Bedeutung der Angelegenheit solle die Beratung und Beschlussfassung hierzu ausschließlich im Kreistag stattfinden.

Zu Beginn der anschließenden Beratung teilt Kreisrat Dr. Hacker in seiner Funktion als Bürgermeister der Stadt Herzogenaurach mit, dass der Stadtrat der Stadt Herzogenaurach in seiner gestrigen Sitzung, wie bereits angekündigt, eine finanzielle Beteiligung der Stadt Herzogenaurach an dem Projekt StUB in Höhe von 10 Mio. € beschlossen hat. Beabsichtigt ist, für Planungsleistungen bereits im kommenden Jahr 3 Mio. € bereit zu stellen. Mit dieser Entscheidung stelle die Stadt Herzogenaurach im nächsten Jahr die Planungskosten zur Verfügung und trage das damit verbundene Risiko, falls die StUB trotz vorliegender Planung nicht realisiert werde. Die übrigen 7 Mio. € sind als Investitionskosten für den Bau vorgesehen. Die Stadt Herzogenaurach übernehme damit einen zusätzlich zur Kreisumlage bedeutenden und absolut ausreichenden Beitrag zur Realisierung der StUB. Im Weiteren betont Kreisrat Dr. Hacker die StUB müsse mit ihrer Bedeutung für die gesamte Region gesehen werden. Diese profitiere insgesamt mit den vielfältigen Verflechtungen zwischen den Kommunen. Der Landkreis ziehe insgesamt und nicht nur einzelne Orte, einen Nutzen aus diesem bedeutenden Nahverkehrsprojekt. Aus diesem Grund sollte keine Differenzierung mit der Begrifflichkeit Nutzerort erfolgen.

Landrat Irlinger reagiert hierauf und erklärt, die Formulierung Nutzerort komme aus der Fachdiskussion und werde auch dort entsprechend verwendet. Natürlich habe der Landkreis insgesamt beispielsweise einen ökologischen Nutzen, trotzdem müsse jedem klar sein, dass die StUB für lange Zeit nur wenige Orte tatsächlich anfahren würde und dies bedeute für manche finanziell knapp gestellte Kommune eine einschneidende zusätzliche Belastung, ohne dass diese einen direkten Bezug zur StUB haben müsse. Eine Klärung von Entlastungsmöglichkeiten sei deshalb wichtig und maßgeblich, damit das Gesamtprojekt für möglichst viele Kommunen als verkraftbar und angemessen gelten kann.

In der weiteren Diskussion erläutern die einzelnen Fraktionsvorsitzenden die Position ihrer Fraktion zur StUB. Zusammengefasst wird vorgetragen, dass Grundlage und Voraussetzung allen wirtschaftlichen Erfolges das Vorhandensein einer gut ausgebauten und funktionierenden Infrastruktur sei. Auch die prognostizierte künftige Bevölkerungsentwicklung verlange angemessene und darauf ausgerichtete Nahverkehrssysteme. Aus diesem Grund wird überwiegend die von Landrat Irlinger vorgetragene Vorgehensweise begrüßt und betont, es solle die Zeit bis September genutzt werden, um die noch offenen Fragen zu klären und

durch weitere Entlastungsmöglichkeiten ein akzeptables finanzierbares „Ja“ zur StUB aufzuzeigen. Kreisrat Brehm weist darauf hin, dass möglicherweise auch über die Gewährung eines besonders zinsgünstigen Darlehens z. B. von der KfW oder LfA die Finanzierungsparameter nachhaltig verbessert werden könnten.

Lediglich die Fraktionsvorsitzende der FDP-Kreistagsfraktion positioniert sich klar gegen das Projekt StUB. Mit diesem stoße der Landkreis definitiv an seine Grenzen. Die Möglichkeit über weitere Verhandlungen noch maßgebliche Entlastungen zu erreichen, werden als nicht erfolversprechend eingestuft. Kreisrat Rohde ergänzt, es werde die Diskussion einer Alternative vermisst. Diese biete sich mit dem Regional Optimierte Busnetz (RoBus). Bei Abwägung von Kosten und Nutzen koste die Alternative RoBus weniger Geld, binde die Gemeinden besser an das Nahverkehrssystem an und sei insgesamt ein flexibleres System.

Landrat Irlinger schlägt die Schließung der Rednerliste nach der Wortmeldung von Kreisrat Fischkal vor. Die Mitglieder des Kreistages sind damit einverstanden.

Kreisrat Fischkal betont, auch in seiner Funktion als Bürgermeister der Gemeinde Adelsdorf, entscheidend sei ein angemessenes Finanzierungskonzept, das die Leistungsfähigkeit der Gemeinden berücksichtigt.

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

1. Der Kreistag nimmt den Bericht zur Kenntnis.
2. Der Kreistag sieht in der StUB einen bedeutenden Beitrag zur Lösung der Verkehrsprobleme im Großraum Nürnberg, Erlangen und Erlangen-Höchstadt.
3. Eine konkrete Beschlussfassung über die Antragstellung zum GVFG-Bundesprogramm ist aufgrund noch zu klärender Sachverhalte noch nicht möglich. Die Verwaltung wird beauftragt, im Benehmen mit den Beteiligten eine Klärung dieser offenen Sachverhalte (insbesondere Kostenbeteiligungen der einzelnen Gebietskörperschaften) hinzuwirken und dem Kreistag zeitgerecht zur Entscheidung vorzulegen.
4. Im Einzelnen werden der Landrat und die Verwaltung beauftragt:
 - a) über das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur und Technologie eine Prüfung zu veranlassen, inwieweit bzw. unter welchen Maßgaben die bislang von Intraplan als nicht förderfähig eingestuften Trassenteile dennoch in den Genuss einer vollen GVFG- und FAG-Förderung gelangen zu können.
 - b) mit den beteiligten Gebietskörperschaften mit dem Ziel einer Änderung des Kostenverteilungsschlüssels zu verhandeln.
 - c) auf eine stärkere Beteiligung der Nutzerorte Uttenreuth, Buckenhof, Spardorf und Herzogenaurach hinzuwirken.
 - d) mit den betroffenen Abgeordneten ein Gespräch zu führen und um nachdrückliche und klare Unterstützung, insbesondere gegenüber der Landesregierung und den Ministerien, zu drängen.
 - e) mit den zuständigen Staatsministern, die Möglichkeiten für die Gewährung von besonders zinsgünstigen Darlehen zu klären.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Ja: 54 Nein: 0 Anwesend: 54

5. **Neubau eines Landratsamtes; Information über den Planungswettbewerb und das weitere VOF-Verfahren**

Die Mitglieder des Kreistages werden mit der zur Verfügung gestellten Sitzungsunterlage über das Ergebnis des Architektenwettbewerbs zum Neubau des Landratsamtes und das weitere Verfahren hierzu informiert. Demnach wurden im Rahmen des Architektenwettbewerbs vom Preisgericht folgende fünf Preise, drei gleichrangige Anerkennungen sowie eine engere Wahl, vergeben:

- | | |
|----------|--|
| 1. Preis | Architekturbüro „Alles wird gut“, Wien, |
| 2. Preis | ARGE djb Architekten, Erlangen, Plankopf, Erfurt |
| 3. Preis | Reinhard Bauer Architekt, München |
| 4. Preis | JSWD Architekten, Köln |
| 5. Preis | Karl und Probst Architekten, München |

gleichrangige Anerkennungen:

Morpho-logic Architekten, München
 H4a Architekten, Stuttgart
 Babler und Lodde, Herzogenaurach

engere Wahl: Bolwin-Wulf, Berlin

Im weiteren Verfahren muss nun gemäß der Verdingungsordnung für die Vergabe freiberuflicher Leistungen (VOF) und den Richtlinien für Planungswettbewerbe (RPW) 2008 mit den fünf Preisträgern das VOF-Verfahren weitergeführt werden. Die Verhandlungsgespräche werden in den nächsten Wochen unter Einbeziehung der Kreistagsfraktionen stattfinden. Erforderlich werden weiterhin VOF-Verfahren für die Vergabe der Fachplanungen für die Technische Ausrüstung sowie die Tragwerksplanung und für den Einsatz eines Projektsteuerers.

Die Mitglieder des Kreistages nehmen den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

.....

Erlangen, 30.07.2012

Eberhard Irlinger
 Landrat

Birgit Stolla
 Regierungsamtfrau